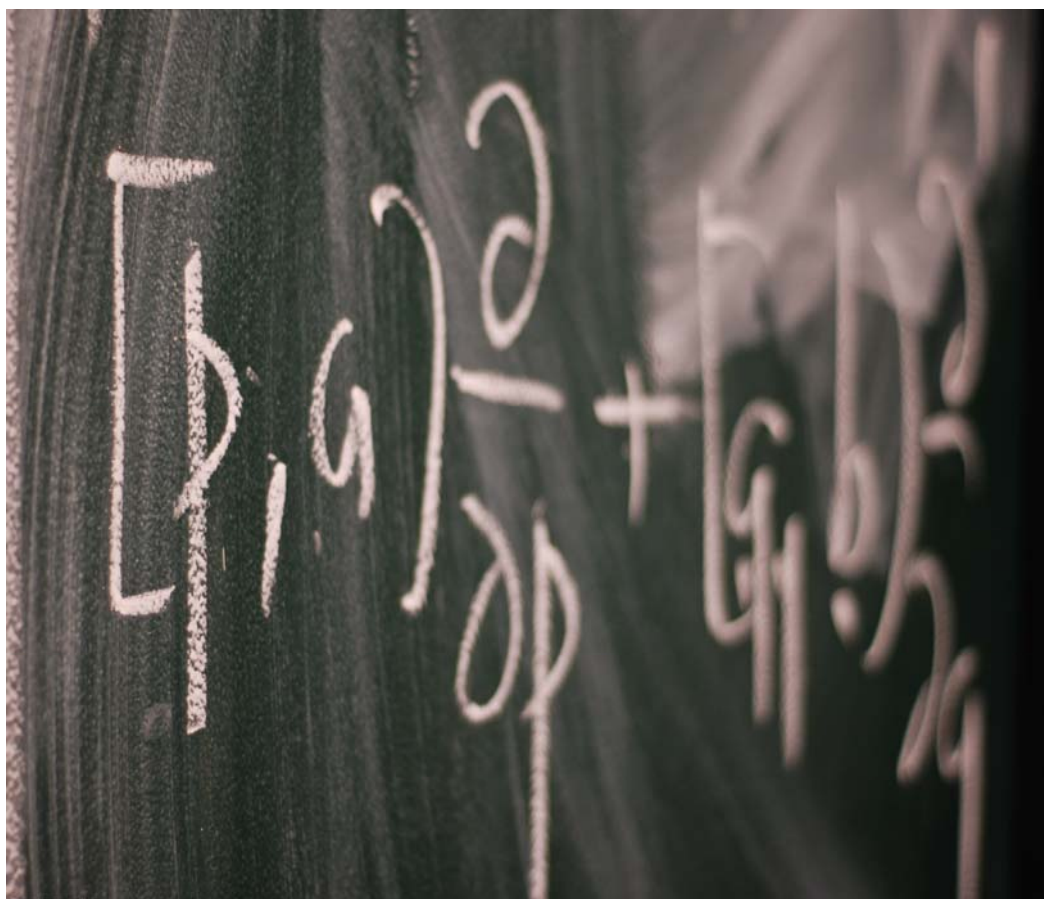


Umfrage zur Bildungspolitik in Baden-Württemberg



Lust auf Bildung

Ergebnisse einer Umfrage unter 691 Unternehmerinnen und Unternehmern
in Baden-Württemberg im Sommer 2008

Inhalt

Vorwort	Seite 2
„Bildungsoffensive“	Seite 4
Chancengerechtigkeit	Seite 5
Vorbereitung auf den Beruf	Seite 6
Hauptschule	Seite 7
Gemeinsames Lernen	Seite 8
Ganztagsschule	Seite 9
Reformeckpunkte	Seite 10

www.bds-bw.de

Herausgeber und Copyright

Bund der Selbständigen
Baden-Württemberg e. V.
Taubenheimstr. 24
70372 Stuttgart
Tel: 0711 / 95 46 68 – 0
Fax: 0711 / 95 46 68 – 23
E-Mail: presse@bds-bw.de

Präsident

RA Günther Hieber

Hauptgeschäftsführer

RA Joachim W. Dörr

Autoren

Simon Meier-Beck

Wolfgang Becker
Geschäftsführer
Mittelstandspolitik & Kommunikation
E-Mail: becker@bds-bw.de

Stand

September 2008

Titelbild

(cc) Eric Wüstenhagen

Vorwort

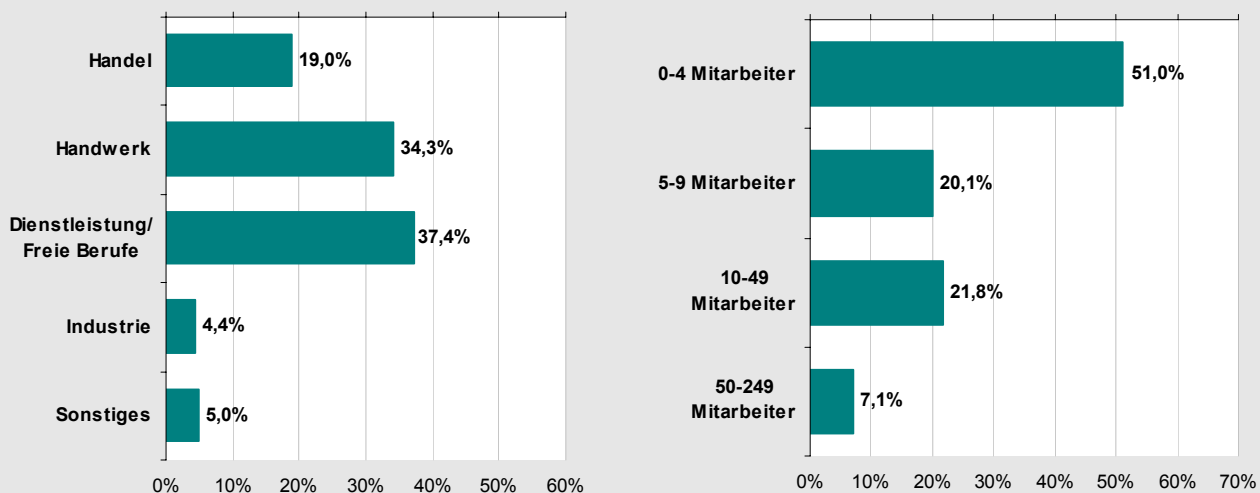
Bildungspolitik ist ein Thema, das die Gemüter erhitzt. Nicht nur, weil sie entscheidend für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes ist, sondern auch, weil sie viele Bürgerinnen und Bürger sehr direkt betrifft: die Schülerinnen und Schüler selbst, ihre Eltern, aber auch Unternehmerinnen und Unternehmer, die auf gute Schulabgänger angewiesen sind. Eine repräsentative Emnid-Studie hat jüngst eine große Reformbereitschaft aufgezeigt. Der Bund der Selbständigen Baden-Württemberg e.V. (BDS) wollte nun von seinen Mitgliedern wissen, wie zufrieden sie mit dem Bildungssystem sind und welche bildungspolitischen Weichenstellungen sie für die Zukunft erwarten.

Wie die vorliegende Umfrage zeigt, sind viele von ihnen mit den gegenwärtigen bildungspolitischen Konzepten unzufrieden. Obwohl sich Baden-Württemberg laut einer jüngst veröffentlichten Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) des zweitbesten Bildungssystems in Deutschland rühmen kann, empfinden nur 10,5 Prozent der Befragten die Vorbereitung der Schulabgänger auf das Berufsleben als „gut“ oder „sehr gut“. Darüber hinaus wird das Bildungssystem mehrheitlich als ungerecht empfunden, 58,8 Prozent der Unternehmer finden eher nicht, dass das Bildungssystem in Baden-Württemberg Chancengerechtigkeit bietet. Das spiegelt auch die oben genannte IW-Studie wieder, die Integration von Jugendlichen mit Migrationshintergrund oder aus einkommensschwächeren Familien bleibt in Baden-Württemberg als größten Problembereich bemängelt.

Vor diesem Hintergrund hat die Landesregierung Baden-Württembergs am 15. Juli ihre „Qualitätsoffensive Bildung“ vorgestellt. Kern des vorgeschlagenen Maßnahmenpaketes ist die Schaffung von etwa 4.000 zusätzlichen Lehrerstellen mit dem Ziel, den Klassenteiler bis 2011 von 33 auf 30 Schüler zu senken. Darüber hinaus sollen künftig alle zweizügigen Hauptschulen die Möglichkeit haben die mittlere Reife anzubieten und zu Ganztageschulen zu werden. Sie sollen dann „Werkrealschulen“ genannt werden.

Teilnehmer

Die vorliegende Umfrage spiegelt das Meinungsbild zur Bildungspolitik im Mittelstand wider. Grundlage dieser Ergebnisse ist eine Mitgliederumfrage unter 691 Unternehmen im Zeitraum zwischen 8. und 19. August 2008. Im BDS sind überwiegend kleinere und mittlere Unternehmen (KMU) mit unter 250 Beschäftigten organisiert.



Obwohl das Maßnahmenpaket den Landeshaushalt bis 2012 mit rund 500 Millionen belastet, finden nur wenige Unternehmerinnen und Unternehmer, dass damit ein großer Wurf gelungen ist. Mit 64,4 Prozent hält die deutliche Mehrheit die „Bildungsoffensive“ zwar für einen Schritt in die richtige Richtung, aber nicht für ausreichend. Rund 23 Prozent der Befragten sind sogar der Meinung, zusätzliche Mittel ohne strukturelle Änderungen seien eine Fehlinvestition.

Angesichts dieses kritischen Urteils mag es überraschen, dass die Unternehmer sich hinsichtlich der Beibehaltung des dreigliedrigen Schulsystems mehrheitlich hinter die Landesregierung stellen: Fast 65 Prozent der Befragten sprechen sich gegen eine Abschaffung der Hauptschule aus. Die Hauptschule stand zuletzt meist im Zentrum der Kritik an der Bildungspolitik der Landesregierung. Im Gegenzug fordern die Selbständigen jedoch konsequente Reformbereitschaft in anderen Bereichen: 64,7 Prozent sind der Meinung, dass Schüler länger als bisher gemeinsam lernen sollten und 69,7 Prozent sind für einen verstärkten Ausbau der Ganztagschulen.

Die Unternehmerinnen und Unternehmer in Baden-Württemberg sehen also weiterhin dringenden Reformbedarf in der Bildungspolitik. Angesichts des zunehmenden Fachkräftemangels und der bedrohlichen demographischen Entwicklung ist eine konsequente Reform der Bildungssysteme nicht nur eine soziale, sondern auch eine ökonomische Notwendigkeit. Nur wenn jedes Kind eine möglichst hohe Qualifikation erreicht und möglichst vielen Eltern eine Berufstätigkeit ermöglicht wird, können negative Wirkungen des zunehmenden Fachkräftemangels auf das Wirtschaftswachstum vermieden werden.

Der BDS fordert daher die Umsetzung konsequenter Strukturreformen ohne ideologische Scheuklappen!

Ausgewählte Kommentare

Im Rahmen der Umfrage hatten die Teilnehmer neben den gestellten Fragen auch Gelegenheit, ihre Meinung in einem Freitext zu äußern. Dabei hat sich rund ein Drittel der Befragten mit teils sehr ausführlichen Beiträgen zu seinen Erfahrungen geäußert. Einige dieser Kommentare wurden jeweils bei den statistischen Auswertungen der einzelnen Fragen aufgeführt, um das Meinungsbild um einige individuelle Perspektiven zu ergänzen. Im Folgenden einige Kommentare zur Bildungspolitik im Allgemeinen:

„Ausgaben für Bildung sind Investitionen in die Zukunft – auch die Betriebe stehen in der Pflicht, die benötigten Fachkräfte auszubilden! Der Ruf nach immer neuen ‚Fachkräften‘ aus dem Ausland ist der falsche Weg.“

„Es ist an der Zeit, endlich die ideologischen Scheuklappen über Bord zu werfen und unvoreingenommen die in der Pisa-Studie bewährten Systeme bei uns zu übernehmen.“

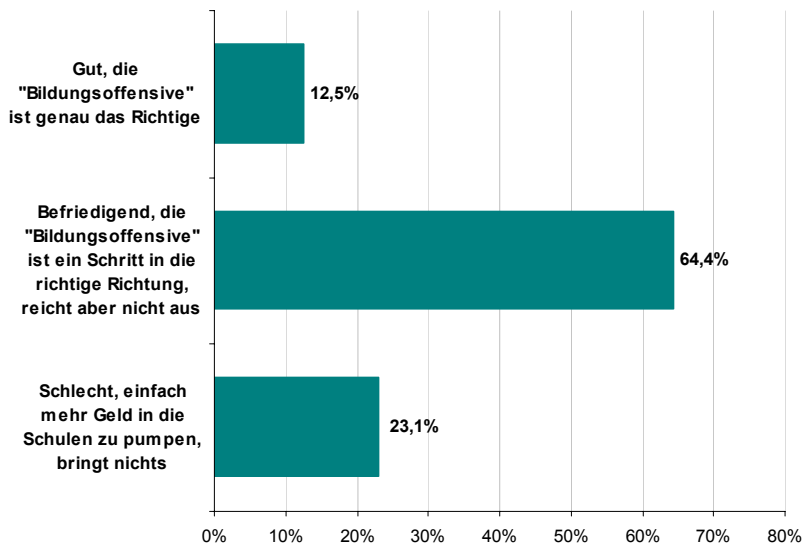
„Die Bildungspolitik ist die Basis unserer wirtschaftlichen Zukunft. Nur gut qualifizierte Mitarbeiter, Ingenieure, Forscher, Wissenschaftler, etc. bilden die Basis für weiteres Wachstum und Wohlstand.“

„Das ist alles an der Oberfläche herumgedoktert. Ich bin der Meinung viel wichtiger ist die Durchforstung der Lehrpläne und die Reform der Lehrmethoden.“

1. Bildungsoffensive

Die zentrale Maßnahme im Rahmen der Bildungsoffensive ist die Schaffung von 3200 zusätzlichen Lehrerstellen. Dadurch soll der Klassenteiler von 33 auf 30 sinken. Das Programm kostet das Land ca. 500 Millionen Euro. Der BDS wollte daher von seinen Mitgliedern wissen:

Wie bewerten Sie die „Bildungsoffensive“ der Landesregierung?



Die „Bildungsoffensive“ der Landesregierung, anlässlich derer der Bund der Selbständigen seine Umfrage durchgeführt hat, wird von den Unternehmern im Land relativ kritisch betrachtet. Nur 12,5 Prozent finden die „Bildungsoffensive“ uneingeschränkt gut, während 23,1 Prozent die Maßnahme ganz ablehnen. Sie geben an, einfach mehr Geld in die Schulen zu pumpen, bringe nichts. Fast zwei Drittel der Befragten (64,4 Prozent) bewerten die Maßnahme als Schritt in die richtige Richtung, wünschen sich aber weitergehende Reformen des Schulsystems oder zusätzliches Geld für mehr Lehrer. Insgesamt sind mehr als drei Viertel der Befragten der Meinung, dass zusätzliche Investitionen in Bildung grundsätzlich sinnvoll sind.

„Die geplanten Maßnahmen gehen in die richtige Richtung, sind aber noch zu wenig. Ein Klassenteiler von 30 ist für einen wirklich effizienten Unterricht immer noch zu hoch.“

„Ich vermisse bei der Bildungsoffensive innovative Konzepte. Statt dessen gibt es mehr vom Alten in neue Formen gepresst – schade.“

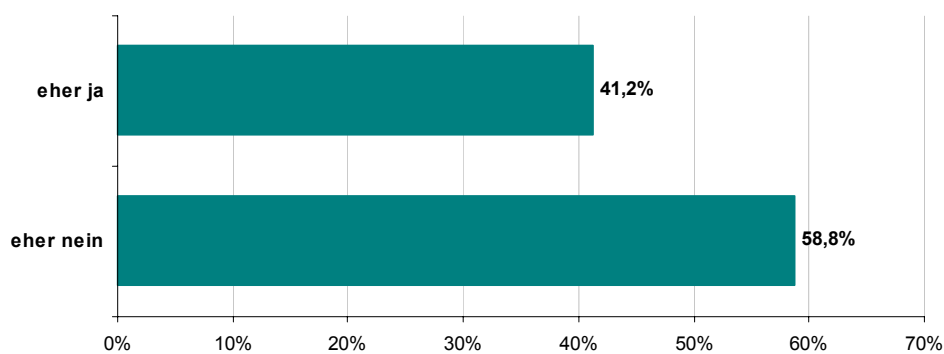
„Das Schulsystem braucht eine mutige, grundsätzliche Reform!“

„Steckt nicht das ganze Geld in die Schulen, sondern senkt die Kosten, die für Unternehmen mit einem Ausbildungsplatz verbunden sind.“

2. Chancengerechtigkeit

Das Bildungssystem Baden-Württembergs gehört in Deutschland zu den sozial ungerechtesten. So hat der letzte Pisa-Ländervergleich ergeben, dass Kinder mit Migrationshintergrund und Schüler aus ärmeren Schichten hier noch schlechter abschneiden als im Bundesdurchschnitt. Der BDS wollte daher von seinen Mitgliedern wissen:

Sind Sie der Meinung, dass das Bildungssystem in Baden-Württemberg Chancengerechtigkeit bietet?



Ein Grund für den empfundenen Reformbedarf ist, dass mit 58,8 Prozent die Mehrheit der Befragten eher nicht der Meinung ist, das Bildungssystem in Baden-Württemberg biete Chancengerechtigkeit. Besonders die Inhaber kleinerer Betriebe halten das Bildungssystem für ungerecht, von ihnen sagen sogar 61,4 Prozent, das Bildungssystem biete eher keine Chancengerechtigkeit. Von den Unternehmen mit mindestens 10 Mitarbeitern sind es immerhin noch 53,2 Prozent. Diese Ergebnisse decken sich mit denen einer jüngst vom Emnid-Institut durchgeführten repräsentativen Befragung unter der Gesamtbevölkerung. Hier gaben 45 Prozent an, das Bildungssystem in Deutschland sei eher ungerecht oder völlig ungerecht. Nur 24 Prozent der Befragten waren der Meinung, es herrsche berufliche Chancengleichheit für Jugendliche aus allen sozialen Schichten und Kulturkreisen.

„Die frühe Aufteilung auf unterschiedliche Schulformen treibt seltsame Blüten. Die soziale Herkunft ist entscheidend für den weiteren Weg.“

„Vielen Hauptschülern fehlt es an Motivation, weil sie sich von vorneherein als Verlierer sehen. Hier sind die Lehrer gefordert, die Schüler zu motivieren, indem sie ihnen Chancen aufzeigen.“

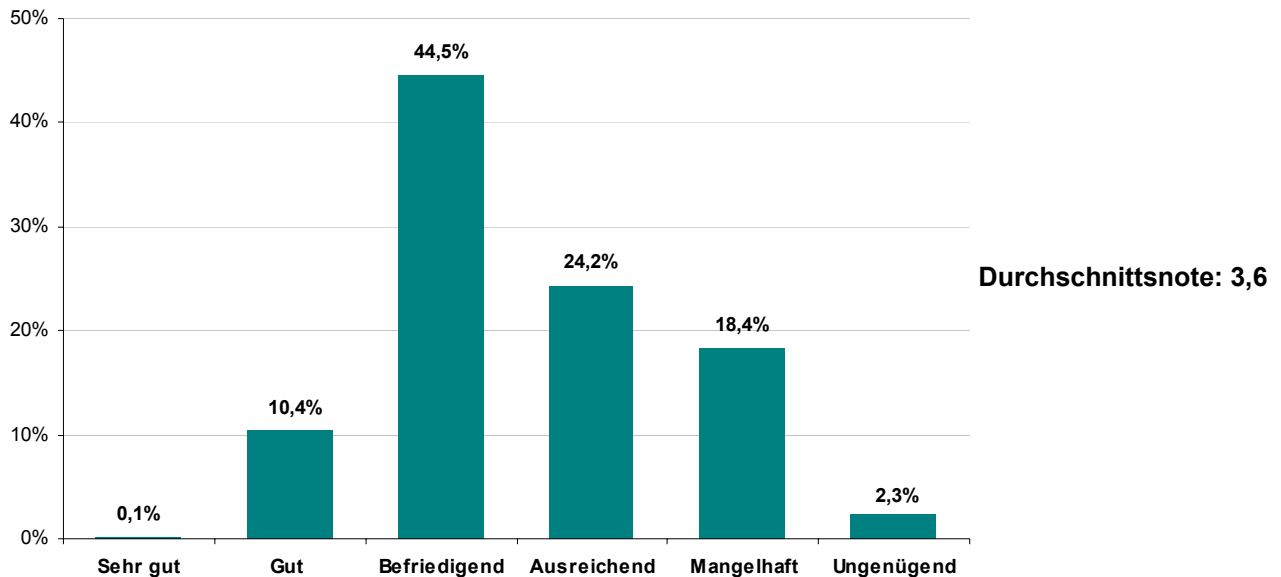
„Ausländische Kinder müssen besser auf unser Schulsystem vorbereitet werden, durch gezielten Sprachunterricht vor der Einschulung. Dazu sollte das letzte Kindergartenjahr verpflichtend und kostenlos sein.“

3. Vorbereitung auf das Berufsleben

Entscheidend für Selbständige und Unternehmer ist vor allem das Ergebnis des Bildungssystems, also die Qualifikation eines Schülers am Ende seiner Schullaufbahn, ob für eine Ausbildung oder für ein Hochschulstudium.

Der BDS wollte daher von seinen Mitgliedern wissen:

Wie gut bereitet das Bildungssystem in Baden-Württemberg die Schüler auf das Berufsleben vor?



Viele Befragte sind nicht nur mit der Gerechtigkeit, sondern auch mit der Qualität des Bildungssystems unzufrieden. So findet nur etwa jeder zehnte Unternehmer, das Bildungssystem bereite die Schüler „gut“ oder „sehr gut“ auf das Berufsleben vor. Mit knapp 21 Prozent gut doppelt so viele finden die Vorbereitung auf den Beruf dagegen „mangelhaft“ oder „ungenügend“. Am häufigsten vergeben wurden jedoch die Noten „befriedigend“ (44,5 Prozent) und „ausreichend“ (24,2 Prozent). Daraus ergibt sich für das Bildungssystem in Baden-Württemberg die **Durchschnittsnote 3,6**. Auch wenn diese auf Baden-Württemberg beschränkte Umfrage keinen Vergleich mit anderen Bundesländern zulässt, zeigt sich, dass die befragten Unternehmer dem Bildungssystem insgesamt deutlich kritischer gegenüberstehen als die gute Platzierung im Ländervergleich (IW-Studie) erwarten ließe.

„Das Bildungssystem in Baden-Württemberg ist völlig veraltet: Betriebe, Lehrer, Eltern – nur Frustration. Wir machen unsere Zukunftsträger ‚Kinder‘ systematisch kaputt, unfähig und unmotiviert. Gleichzeitig grenzen wir Bildungsschwache brutalstmöglich aus.“

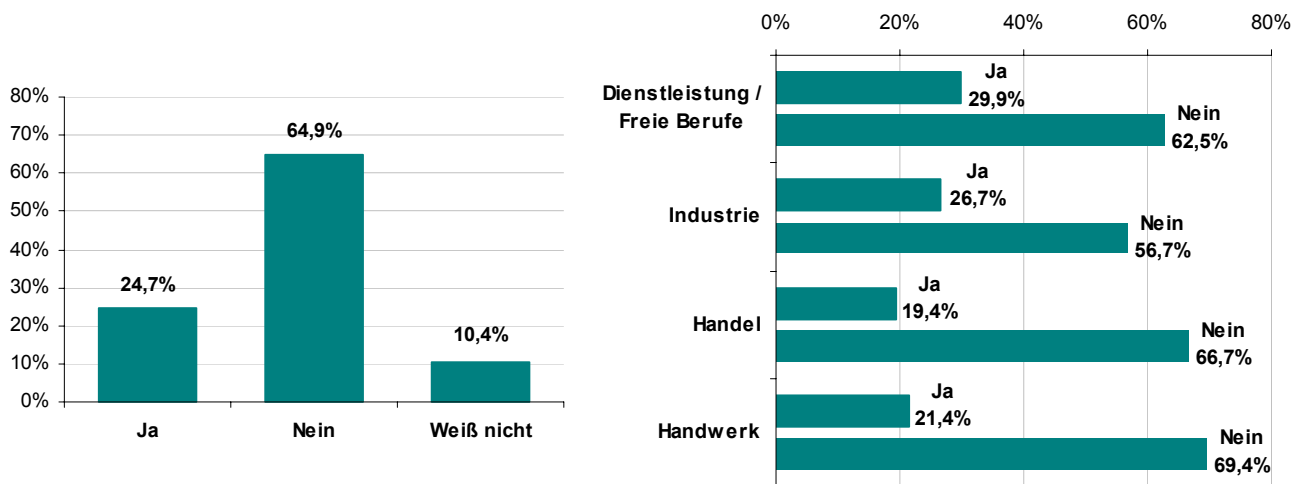
„Die Ausbildung in den letzten Schuljahren sollte sich mehr an der Realität des Arbeitsmarktes und dessen Anforderungen orientieren.“

„So schlecht wie wir unser Bildungssystem darstellen ist es gar nicht. Wir sollten uns nicht immer nach allen anderen Ländern richten, sondern auch sehen, welche gute Allgemeinbildung unsere Schüler haben.“

4. Hauptschule

Das Festhalten am dreigliedrigen Schulsystem steht häufig im Zentrum von Kritik an der Bildungspolitik der Landesregierung. Die Auseinandersetzung leidet jedoch unter erheblichem ideologischem Ballast auf beiden Seiten. Für Selbständige und Unternehmer zählt am Ende das Ergebnis. Der BDS wollte daher von seinen Mitgliedern wissen:

Sind Sie der Meinung, dass die Hauptschule abgeschafft werden sollte?



Mit 64,9 Prozent lehnt die deutliche Mehrheit der befragten Unternehmer eine Abschaffung der Hauptschule ab. Dagegen ist nur ein knappes Viertel der Selbständigen klar für eine Abschaffung der Hauptschule. Besonders deutlich ist das Votum im Handwerk, wo besonders viele Hauptschüler Ausbildung und Beschäftigung finden. Hier sprechen sich sogar 69,4 Prozent für die Beibehaltung der Hauptschule aus, in der Industrie sind es dagegen nur 56,7 Prozent. Das Ergebnis zeigt, dass die selbständigen Unternehmer die Hauptschule, trotz aller Probleme, mehrheitlich als wichtiges Element eines begabungsgerechten Schulsystems empfinden, nicht als Abstellgleis. Ein weiterer Grund für das klare Votum zugunsten der Hauptschule dürfte die Sorge um die Qualität der Realschule sein.

„Eine Abschaffung der Hauptschule verlagert nur die Probleme an die Realschulen – und was dann?“

„Unser dreigliedriges Schulsystem sollte beibehalten werden, da so auf die unterschiedlichen Begabungen der Kinder besser eingegangen werden kann.“

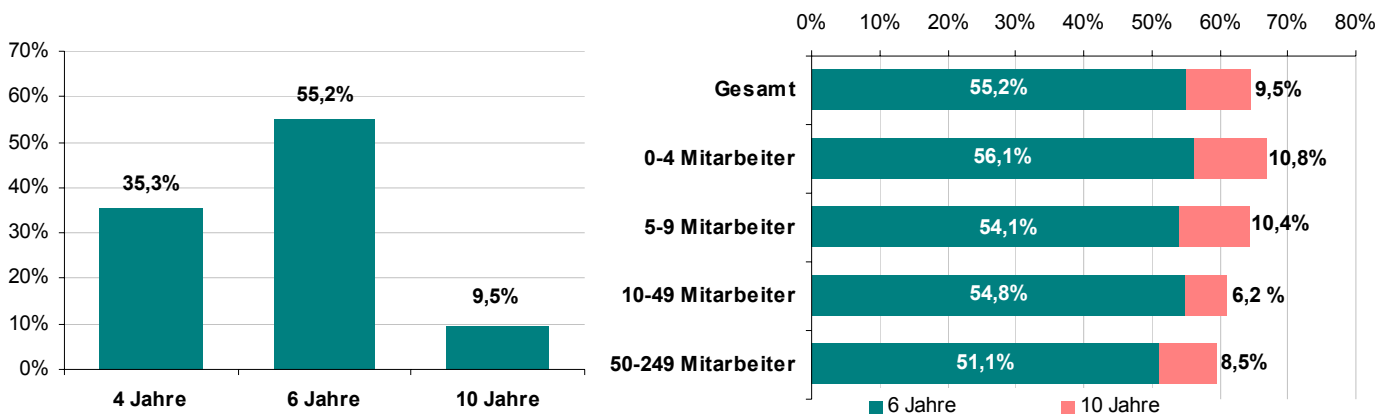
„Die Hauptschule gehört abgeschafft. Selbst Schüler mit gutem Hauptschulabschluss haben in unserer Gesellschaft kaum eine Chance auf einen Ausbildungsplatz. Da ist das Geld aus dem Fenster geworfen.“

„Die Hauptschule sollte in der Öffentlichkeit wieder als eine sinnvolle Ergänzung zu Gymnasium und Realschule dargestellt werden. Einem guten Hauptschüler stehen nach seinem Abschluss sämtliche Weiterbildungswege offen.“

5. Gemeinsames Lernen

Die Aufteilung der Schüler auf unterschiedliche Schularten nach der 4. Klasse halten Kritiker des Bildungssystems für zu früh. So fordern SPD und Grüne im Land die schrittweise Umstellung auf 10 bzw. 9 Jahre gemeinsame Schule. In Hamburg sollen Kinder in Zukunft 6 Jahre gemeinsam lernen. Der BDS wollte daher von seinen Mitgliedern wissen:

Wie lange sollten Schüler Ihrer Meinung nach eine gemeinsame Schule besuchen, bevor sie auf unterschiedliche Schulformen aufgeteilt werden?



Schüler sollten länger als bisher gemeinsam lernen, dafür sprachen sich mit insgesamt 64,7 Prozent fast zwei Drittel der Befragten aus. Mit 55,2 Prozent bevorzugt die Mehrheit der Selbständigen dabei das Hamburger Modell, das vorsieht, die Schüler nach 6 Jahren gemeinsamen Lernens auf die Schularten zu verteilen. Für die bisherige Lösung (mit 4 Jahren Grundschule) sprechen sich dagegen nur 35,3 Prozent aus. Die von SPD und Grünen im Land geforderte „Gemeinschaftsschule“ oder „Basisschule“ lehnen allerdings ebenfalls über 90 Prozent der kleineren Unternehmer ab. Besonders ausgeprägt ist die Präferenz für längeres gemeinsames Lernen (sechs oder zehn Jahre) bei den kleineren Betrieben unter 5 Mitarbeitern. Von ihnen sprechen sich rund 67 Prozent für ein längeres gemeinsames Lernen aus. Bei den Großbetrieben mit über 50 Mitarbeitern sind es immerhin auch noch 60 Prozent.

„Viele Jugendliche sind Spätenwickler. Eine Trennung durch Lehrerempfehlung in der 4. Grundschulklasse hat für viele katastrophale Folgen. Deshalb bin ich für eine Verlängerung der Grundschule auf 6 gemeinsame Jahre.“

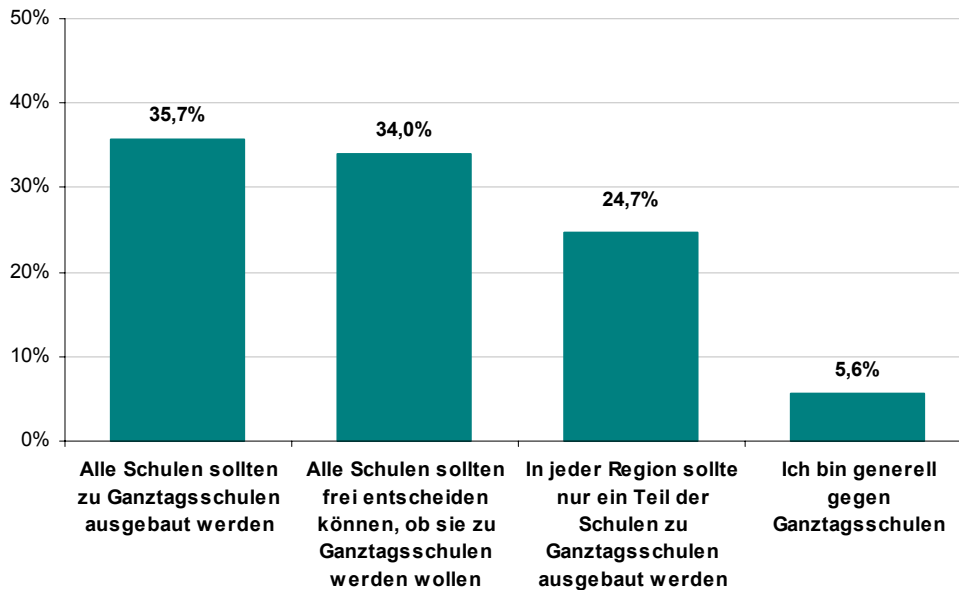
„Längeres gemeinsames Lernen funktioniert nur, wenn man individuell auf Stärken und Schwächen der Schüler eingeht. Individuelles Training ist nicht nur beim Fußball oder im Management der effektivste und effizienteste Weg, sondern auch bei der schulischen Grundausbildung.“

„Längeres gemeinsames Lernen ist sinnvoll, weil nach 6 Jahren besser auf die unterschiedlichen Schulformen verteilt werden kann.“

6. Ganztagschule

Die Landesregierung hat sich zum Ziel gesetzt, bis 2015 „ein flächendeckendes und bedarfsorientiertes Netz an Ganztagschulen“ zu schaffen. Rund 40 Prozent der Schulen sollen bis dahin zu Ganztagschulen werden oder Ganztagsangebote machen. Der BDS wollte daher von seinen Mitgliedern wissen:

Wie ist Ihre Position zu Ganztagschulen?



Selbständige und Unternehmer sind an der Ganztagschule nicht nur als Eltern interessiert, sondern auch als Arbeitgeber. Durch ganztägige Betreuung könnten Eltern berufstätig werden, denen dazu bisher die Zeit fehlt. In Zeiten des Fachkräftemangels ist dies ein gewichtiges Argument für die Ganztagschule. Rund zwei Drittel der Umfrageteilnehmer sprechen sich dafür aus, den Ausbau der Ganztagschulen nicht zu begrenzen, sondern verstärkt voranzutreiben. Mit 35,7 Prozent fordert gut ein Drittel sogar einen vollständigen Ausbau aller Schulen zu Ganztagschulen. Ein weiteres Drittel (34 Prozent) ist dafür, alle Schulen frei entscheiden zu lassen, ob sie zu Ganztagschulen werden wollen. Etwa ein Viertel der Befragten (24,7 Prozent) meint, in jeder Region solle nur ein Teil der Schulen ausgebaut werden. Lediglich 5,6 Prozent der Umfrageteilnehmer lehnen Ganztagschulen generell ab.

„In Ganztagschulen sollten Förderkurse für schwache Schüler und Zusatzkurse für Hochbegabte angeboten werden.“

„Mehr Ganztagschulen würden alle Gesellschaftsschichten entlasten. Wer hier spart, zahlt später drauf.“

„Es ist schon seit über 20 Jahren notwendig, mehr Ganztagschulen einzurichten.“

„Da offensichtlich viele Eltern nicht in der Lage sind, sich um die Erziehung ihrer Kinder zu kümmern, sind Ganztagschulen sicherlich der bessere Weg zur Bildung und sozialen Entwicklung der Kinder und Jugendlichen.“

Zusammenfassung: Eckpunkte einer Bildungsreform

Die vorliegende Umfrage zeigt, dass die Unternehmerinnen und Unternehmer die Bildungsoffensive der Landesregierung zwar als Schritt in die richtige Richtung bewerten, insgesamt jedoch grundsätzlichere Reformen wünschen. Daraus leitet der Bund der Selbständigen Baden-Württemberg e.V. (BDS) folgende Eckpunkte für eine Reform der baden-württembergischen Bildungspolitik ab:

1. Längeres gemeinsames Lernen

Die differenzierte Förderung und Forderung von Schülern mit unterschiedlichen Begabungen und Voraussetzungen ist grundsätzlich sinnvoll. Eine Aufteilung der Schüler auf unterschiedliche Schularten sollte jedoch auf Grund von Fähigkeiten und Neigungen erfolgen und nicht durch die soziale Herkunft eines Kindes bestimmt werden. Die Aufteilung der Schüler auf die unterschiedlichen Schularten bereits nach der 4. Klasse ist dafür zu früh. Sie führt zwangsläufig zu Fehlbeurteilungen und setzt die Schüler bereits zu Beginn ihrer Schulzeit unter enormen Druck. Längeres gemeinsames Lernen gibt sowohl Spätzürnern mehr Zeit ihre Fähigkeiten zu entwickeln als auch Schülern mit schlechteren Startbedingungen die Gelegenheit, Defizite aufzuholen. Der längere gemeinsame Besuch einer Grundschule wirkt darüber hinaus einer sozialen Separierung entgegen. Eine Verbesserung der Durchlässigkeit des Bildungssystems und eine Steigerung der Qualifikation der Schulabgänger ist aber nicht nur sozial, sondern auch ökonomisch geboten. Denn nur, wenn jedes Kind seine Fähigkeiten ideal entwickeln kann, ist eine Steigerung des langfristigen Wachstums möglich. Daher fordert der Bund der Selbständigen die Landesregierung auf, die sechsjährige Grundschule nach dem Hamburger Modell einzuführen. Dies kann darüberhinaus dazu beitragen, die wohnortnahen Schulen – insbesondere im ländlichen Raum - zu erhalten.

2. Individuelle Förderung und Forderung

Unter der späteren Aufteilung dürfen nicht die stärkeren Schüler leiden. Damit sich alle Schüler ideal entwickeln, muss daher die individuelle Förderung und Forderung aller Schüler gewährleistet sein. Die Senkung des Klassenteilers durch die Landesregierung ist deswegen ein Schritt in die richtige Richtung. Eine weitere Senkung des Klassenteilers ist jedoch wünschenswert. Dabei sollte insbesondere in den nun 6-jährigen Grundschulen der Klassenteiler gesenkt werden, um alle Schüler bereits frühzeitig optimal fordern und fördern zu können. Dies trägt zusätzlich zu besserer Chancengerechtigkeit bei.

3. Beibehaltung des mehrgliedrigen Schulsystems

Aufbauend auf die 6-jährige Grundschule sollte ein mehrgliedriges Schulsystem erhalten bleiben. So können Schüler je nach Begabung zielgerichtet auf die Berufsausbildung oder ein Hochschulstudium vorbereitet werden. Zur Vorbereitung handwerklich oder praktisch begabter Schüler auf das Berufsleben bleibt die Hauptschule dabei ein geeigneter Ort. Allerdings sollte die Durchlässigkeit des Bildungssystems auch nach der 6. Klasse gewahrt werden. Hierfür ist die Umwandlung möglichst aller Hauptschulen in Werkrealschulen eine sinnvolle Möglichkeit. Dies sollte nicht nur zweizügigen, sondern allen Hauptschulen offen stehen. Bei einer weiteren negativen Entwicklung der Schülerzahlen an den Hauptschulen, kann jedoch auch die Zusammenlegung von Haupt- und Realschulen nicht grundsätzlich ausgeschlossen werden.

4. Verstärkter Ausbau der Ganztagschulen

Die überwältigende Mehrheit der Selbständigen in Baden-Württemberg unterstützt die Schaffung von Ganztagsschulangeboten. Dabei sind aus der Perspektive der Unternehmen nicht nur die besseren Möglichkeiten zur individuellen Förderung und die Verbesserung der Durchlässigkeit des Schulsystems relevant, sondern auch, dass die Ganztagschule die Eltern entlastet und ihnen eine Berufstätigkeit ermöglicht. Dieser Effekt kann zur Abfederung des zunehmenden Fachkräftemangels beitragen. Der Ausbau der Ganztagschulen sollte daher verstärkt vorangetrieben werden.

5. Stärkung des Leistungsprinzips in der Lehrervergütung

In einer Stärkung des Leistungsprinzips in der Lehrervergütung sehen viele Selbständige eine Möglichkeit die Motivation der Lehrerschaft zu erhöhen und die Qualität des Unterrichts zu verbessern. Sinnvoll wäre die Einführung eines variablen Gehaltsteils dessen Höhe von der Qualität des Unterrichts abhängt. Die Schulen sollten außerdem mehr Freiheit bei der Auswahl der Lehrer erhalten. Mittelfristig sollte auch darüber nachgedacht werden, ob die Verbeamtung von Lehrern in ihrer derzeitigen Form noch sinnvoll ist.

6. Bessere Verzahnung von Schulen und Wirtschaft

Um Jugendliche besser auf das Berufsleben vorzubereiten, ist neben einer strukturellen Reform des Schulsystems auch eine bessere Verzahnung zwischen Schule und Wirtschaft notwendig. Der Bund der Selbständigen fordert daher seine Mitglieder auf, sich noch mehr als bisher an den Schulen einzubringen. Seitens der Landesregierung sollte endlich das Schulfach Wirtschaft für Schüler aller Schulen eingeführt werden. Ein grundlegendes Verständnis der Mechanismen der sozialen Marktwirtschaft ist heutzutage für beinahe jeden Beruf unerlässlich.

7. Unternehmerbild

Bei der Neuanschaffung von Schulbüchern und der Gestaltung des Unterrichts sollte auf eine angemessene Darstellung des Unternehmerberufs Wert gelegt werden. Das Unternehmerbild ist heutzutage mehr und mehr von den medienwirksamen Skandalen um angestellte Manager von Großkonzernen geprägt. Die Zahl der Gründungen ist rückläufig. In der Schule sollte daher vermittelt werden, dass die überwältigende Mehrheit der Unternehmer gesellschaftliche Verantwortung übernimmt und, dass die Selbständigkeit eine gleichwertige Alternative zur abhängigen Beschäftigung darstellt. Grundlagen unternehmerischen Handelns sollten bereits in der Schule vermittelt werden.

Fazit

Die Bildungspolitik ist das Herzstück der Landespolitik. In einem Land ohne natürliche Ressourcen entscheidet sie langfristig über den Erhalt des bestehenden wirtschaftlichen Wohlstands.

Das Land kann es sich daher nicht leisten, auch nur ein einziges Kind ohne Ausbildungsreife aus der Schule zu entlassen. Die Unternehmen brauchen diese Schüler als qualifizierte Mitarbeiter und nicht als unqualifizierte Arbeitslose. Frühzeitige Investitionen in Bildung, insbesondere die der benachteiligten Schüler, sind um ein vielfaches günstiger als ‚Nachsorge‘ in Form von Sozialtransfers.

Die Selbständigen wünschen sich eine bildungspolitische Auseinandersetzung die nicht über Ideologie, sondern über Qualität geführt wird. Ziel der Landespolitik muss es sein, Lust auf Bildung zu vermitteln und als gesellschaftliches Leitbild zu verankern.

[Verbindungen schaffen. Für mehr Unternehmenserfolg!

Der Bund der Selbständigen Baden-Württemberg e.V. ist ein freiwilliger Zusammenschluss selbständiger Unternehmerinnen und Unternehmer. Unsere Wurzeln reichen bis in die Mitte des 19. Jahrhunderts zurück. Seitdem hat sich die Welt enorm gewandelt, doch die Ideale von damals sind heute mehr denn je aktuell. Selbständige als Träger freiheitlicher Lebensform in ihrer Stellung in Wirtschaft und Staat zu unterstützen und für die Herausforderungen der Zukunft zu stärken – das sind Ziele, für die wir uns seit über 150 Jahren engagieren. Wir sind eine Gemeinschaft derjenigen, die bereit sind, selbst Verantwortung in einem dynamischen Umfeld zu übernehmen.

Der Bund der Selbständigen ist mehr als ein Wirtschaftsverband:
Er fördert die Kultur der Selbständigkeit!

Mittelstandspolitik

Viele Unternehmer haben aufgehört, an die Reformfähigkeit in der Politik zu glauben. Vieles bewegt sich nur im Schrittempo. Hier gilt es, nachhaltig Druck zu machen und konsequent auf die Probleme des selbständigen Mittelstandes hinzuweisen. Wir tun dies durch Eingaben und Stellungnahmen in Anhörungsverfahren ebenso wie durch eigene Konzepte, die Bundesverband und Landesverbände mit ihren Experten erarbeiten. Wir vertreten die Interessen der kleineren und mittleren Unternehmen gegenüber Regierung und Verwaltung, Parlament und Öffentlichkeit auf Bundes-, Länder- und kommunaler Ebene.

Wir setzen auf

- Wirtschaftliche Selbständigkeit & Privatinitiative
- Abbau von Staat & Bürokratie
- Marktwirtschaftliche Reformen & fairen Wettbewerb

Branchenübergreifend aktiv

Rund 20.000 Unternehmerinnen und Unternehmer in Baden-Württemberg, vom Freiberufler über den kleineren Betrieb bis hin zum größeren Unternehmen – ob aus traditionellen Handels- und Handwerksbranchen, der Industrie, dem IT- oder Hightech-Umfeld oder aus dem Bereich kreativer Dienstleister: Alle vereinen sich unter dem Dach des Bundes der Selbständigen.

Verbindungen greifen ineinander: Mitglieder aus verschiedenen Branchen



Verbindungen schaffen....

- [... vor Ort und im Land als Dachverband der Handels- und Gewerbevereine
- [... zur Politik. Engagement für gemeinsame Ziele der Selbständigen
- [... zu Netzwerken: Kontakte und Dienstleistungen für Unternehmer
- [... mit Kooperationen: Partnerschaften mit klaren Vorteilen

Mitglied werden.....

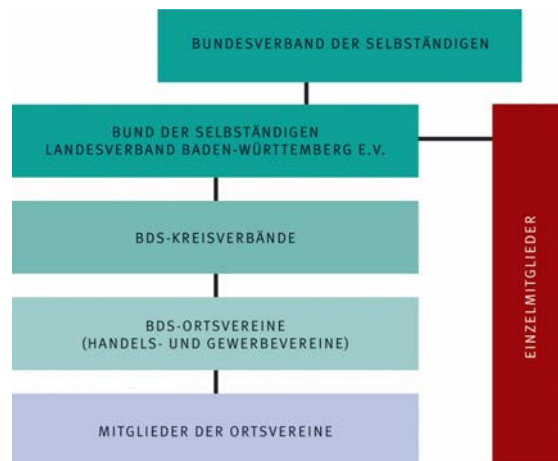
www.bds-bw.de/mitgliedschaft

Der Bund der Selbständigen vor Ort:

Handels- und Gewerbevereine

Die Keimzellen unserer Aktivitäten sind in erster Linie unsere BDS-Vereine vor Ort, in den Kommunen, im Kreis und zunehmend auch in regionalen Arbeitsgemeinschaften. Handels- und Gewerbevereine des Bundes der Selbständigen sind in rund 300 Gemeinden in Baden-Württemberg die Basis des wirtschaftlichen Lebens. Dieses dichte Netzwerk schafft wichtige Geschäftskontakte und trägt dazu bei, unsere Ziele zu verwirklichen. Übrigens: Das Netzwerk der ehrenamtlichen Entscheider in den Vereinen funktioniert flächendeckend aufgrund gegenseitiger Unterstützung.

- [**Gewerbe- und Leistungsschauen**
- [**Lokale Geschäftskontakte**
- [**Mitbestimmung bei kommunalpolitischen Entwicklungen**
- [**Gegenseitige Unterstützung vor Ort**
- [**Geselligkeit und persönliche Freundschaften**
- [**Standort-Marketing**



Kontakte. Kontakte. Kontakte: Das A und O für Unternehmer

Unternehmerveranstaltungen und Seminare: Hier können Selbstständige Kontakte knüpfen – vor Ort, aber auch über den lokalen Horizont hinaus.

Austausch unter Gleichen: Vom Wissen und den Erfahrungen anderer Unternehmer profitieren. Rund 20.000 BDS-Mitglieder in Baden-Württemberg und rund 40.000 bundesweit sind Teil des Netzwerks.

Experten-Know-how: Qualifizierte Experten aus dem BDS-Netzwerk unterstützen bei komplexen Fragestellungen oder Problemlösungen.

BDS-Firmennetz im Internet: Auf unserer Internetplattform können sich BDS-Mitglieder präsentieren und schnell miteinander vernetzen. Mehr unter www.bds-firmennetz.de

BDS-Merkblattservice: Die Themen der Selbständigen, kurz und kompakt aufgearbeitet. Ein wertvoller Ratgeber zu rechtlichen und wirtschaftlichen Fragen.

BDS-Medien: Aktuelle Unternehmer-Themen, Tipps für die tägliche Arbeit, Wirtschafts-News. Unsere Mitgliedsmagazine „ProFirma“ mit „BDS BW AKTUELL“ und „Der Selbständige“ und sowie unser aktueller **E-Mail-Newsletter** halten Sie immer auf dem Laufenden. Und im Internet finden Selbständige unter www.bds-bw.de ihre Kommunikationsplattform.